

Landesinitiative Rettet die Grundschulen im Saarland!



Grundschulschließungen sog. Grundschule der Zukunft

Stellungnahme der "Landesinitiative Rettet die Grundschulen im Saarland!" zu den am 6.4.2005 bekannt gewordenen, abgewandelten Plänen der Landesregierung und zum Verhalten in Sachen Volksbegehren

Es hat sich nichts geändert am Willen der Landesregierung, alle Schulen zu schließen, die nicht in jedem Jahrgang zwei Klassen haben.

Bei diesen PISA-Ergebnissen auf einem Absteigerplatz kleine Kinder in große Klassen zu stecken, um Personalkosten zu sparen, ist pädagogisch Unsinn.

- Weil Lehrer weniger Zeit für sie haben!
- Weil Kinder in großen Klassen schlechter gefördert werden können!
- Weil soziales Lernen erschwert wird!
- Weil Erziehung zu Hilfsbereitschaft, Toleranz und Kooperation leidet!
- Weil Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich belastet werden!

Dabei verpufft doch, was die Landesregierung „Qualitätsteil“ ihrer sog. Reform nennt. Wir fordern eine nachhaltige Erweiterung der Ganztagschulen, als Angebot, mit einem bildenden, pädagogischen Konzept. Die Landesregierung betreibt Augenwischerei mit den sog. Freiwilligen Ganztagschulen, die in den meisten Fällen nur Aufbewahrungsstätten sind und deren Personalkosten die Eltern mit bis zu 90 EUR monatlich je Kind bezahlen müssen.

Kleine Kinder in große Klassen zu stecken und massenweise Schulen zu schließen, um Personalkosten zu sparen, ist volkswirtschaftlich Unsinn.

- Weil Einsparungen auch durch natürliche Fluktuation bei Schülern bzw. Lehrern entstehen.
- Weil darüber Personalkosten durch die Einrichtung von Unterricht bei zwei Jahrgängen gespart werden können, ohne Qualitätsverlust.
- Weil Zeit auf dem Weg zur Schule vergeudet wird!
- Weil die Gemeinden Steuergelder für Busfahrten und Gebäude aufbringen müssen, statt sie für kommunale und soziale Arbeit einsetzen zu können!
- Weil die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Gemeinden geschwächt wird!

Bildung geht kulturellem und wirtschaftlichem Aufstieg voraus. Sie rechnet sich nicht, aber sie zahlt sich aus! Deshalb muss der Aufwand für sie erhöht werden; die demografische Entwicklung bietet die Chance dazu, denn weniger Kinder können besser gefördert werden.

Nach heutigen Plänen will die Regierung das vom Landtag noch nicht beschlossene Gesetz zunächst bis 2008/2009 umsetzen: 80 Grundschulen schließen, 27 zu unselbständigen sog. Dépendancen herabstufen. Die Schulschließungen werden wohl danach weiter gehen, denn weitere Schulen werden - nimmt man die Bevölkerungsentwicklungsprognosen des Statistischen Landesamtes - "aus der Zweizügigkeit abfallen", die zum Ordnungsprinzip erhoben ist. Offensichtlich hat die Landesregierung kurzfristig zunächst Planungsfehler vom Dezember und Januar in ihrer Studie korrigiert, nachdem Eltern und Kommunen Fakten auf den Tisch gelegt haben. In dem ein oder anderen Ort hat wohl der starke, konstruktive Protest einen vorübergehenden Erfolg erzielt. Das stärkt uns Eltern.

Mit dem neuen Schulordnungsgesetz will sich die Landesregierung eine relativ unbestimmte Ermächtigung verschaffen, bei allen Schulformen losgelöst von dem Ordnungsprinzip ihrer Klassenzahl Schließungen entscheiden zu können. Denn in § 9 Abs. 6 neu soll es heißen: „Unabhängig von den Vorgaben des Absatzes 2 (*Anmerkung: Regelung der Anzahl der Klassen je Klassenstufe*) können Schulen geschlossen oder mit anderen Schulen zusammengelegt werden, wenn für ihren Fortbestand unter Berücksichtigung pädagogischer, organisatorischer, bildungsstruktureller und finanzieller Belange kein öffentliches Bedürfnis besteht.“

Die Landesregierung scheut offensichtlich die Abstimmung der Bürger über ihre Kahlschlagpolitik. Wir warten seit über 1,5 Monaten auf eine Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag auf Zulassung unseres Volksbegehrens. Über zwei Wochen länger kennt die Innenministerin schon unseren Gesetzentwurf. Aber sie spielt offensichtlich auf Zeit, damit im Landtag das Gesetz der Regierung durchgepeitscht werden kann. Wie ist es sonst zu verstehen, wenn sie gleich nach Eingang des Antrags am 22. Februar dem Bildungs- und Finanzminister Zeit für eine Stellungnahme bis Ende April gegeben hat.

Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, ihre Pläne zu verhindern, bis zu einer Klage vor dem Verfassungsgerichtshof des Saarlandes bei einer Ablehnung und einer Neuauflage eines Volksbegehrens bei ev. formellen Steinen, die die Landesregierung mit der Mehrheitsfraktion im Landtag uns in den Weg legt.

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Strube

Sprecher der "Landesinitiative Rettet die Grundschulen im Saarland!"

www.RettetdieGrundschulen.de

Fasanenweg 3a, 66129 Saarbrücken

Telefon: 06805 21010

Mobiltelefon: 0163 2819959

Bernhard.Strube@t-online.de

Zitate

„Wenn Grundschulen bleiben sollen, dann heißt das für die Eltern, es handelt sich um eine eigenständige Schule, es handelt sich um eine Schule im herkömmlichen Sinne mit einem eigenen Schulleiter, mit einem eigenen Kollegium, mit einer eigenen Elternvertretung, eine Schule eben im landläufigen Sinne. Der Gesetzestext gibt eher zur Befürchtung Anlaß, daß es sich gar nicht bei allen Grundschulen, deren Bestand Sie zugesagt haben, um eigenständige Schulen handelt, sondern es handelt sich um Filialen, um Dependancen, um ausgelagerte Klassen einer Zentralschule. Das heißt, es handelt sich um bloße Standorte, die bloß noch Schulen heißen, aber in Wirklichkeit gar keine richtigen Schulen mehr sind. Unsere Vorstellung von Grundschule ist die wohnortnahe Schule, die ebenso in eine Gemeinde gehört wie ein Kindergarten. Dies zu gewährleisten, meine Damen und Herren, müssen uns unsere Kinder wert sein. Wenn ich dann lese: Wir freuen uns darüber, daß wir 150 Lehrer im Grundschulbereich sparen, dann ist das ein Hohn, und dann ist das ein Vergehen an den saarländischen Grundschülern und Grundschülerinnen. Wo sollen wir denn noch pädagogisch ansetzen, Herr Kollege Braun, wenn nicht in der Grundschule? Dort beginnt doch das Schulleben, und dort müssen wir die besten Voraussetzungen schaffen und nicht stolz darauf sein als Fraktion, 150 Lehrer im Grundschulbereich einzusparen.“

Bildungsminister Schreier am 24.4.1996 im Landtag

„Wir sind also nicht gegen Kombinationsklassen, weil sie den Bestand von Schulen vor Ort sichern können, weil sie die wohnortnahe Schule sichern können.“

Bildungsminister Schreier am 3.7.1996 im Landtag